

II-328 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

23.12.1966

XI. Gesetzgebungsperiode

126/A.B.Anfragebeantwortung

zu 121/J

des Bundesministers für Bauten und Technik Dr. K o t z i n a
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen,
betreffend skandalöse Vorfälle in der österreichischen Bauwirtschaft.

-.-.-.-.-

Auf die Anfrage, welche die Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen
in der Sitzung des Nationalrates am 9. November 1966, betreffend skandalöse
Vorfälle in der Bauwirtschaft, an mich gerichtet haben, beehre ich mich fol-
gendes mitzuteilen:

Zu Frage 1.)

Gemäß dem Entschließungsantrag vom 7.12.1966 zum Kapitel 64 Bauten und
Technik werde ich bis 31.12.1966 dem Nationalrat einen Bericht über die Vor-
fälle in der Bauwirtschaft Österreichs erstatten.

Zu Frage 2.)

Da dem Bundesministerium für Bauten und Technik von den mit der Unter-
suchung über die Vorfälle betrauten Behörden, d.s. die Wirtschaftspolizei der
Bundespolizeidirektion Wien und die zuständigen Gerichte, bisher keinerlei
Mitteilungen über das Ergebnis der durchgeführten Untersuchungen bekanntgegeben
wurde, bin ich derzeit nicht in der Lage mitzuteilen, auf welchen Zeitraum
sich die Untersuchungen erstrecken.

Zu Frage 3.) und 4.)

Der Bericht des Rechnungshofes vom 26.10.1965 war mir seit Ende Jänner 1966
bekannt.

Zu Frage 5.)

In meinem Ressort wurden inzwischen alle Vorkehrungen getroffen und Maß-
nahmen in Angriff genommen, um ähnliche Vorfälle künftighin möglichst zu ver-
hindern.

Außer verschiedenen personellen und organisatorischen Maßnahmen werden
derzeit vor allem die Koordinierungsmaßnahmen in der Bauwirtschaft in die
Wege geleitet. Ich darf in diesem Zusammenhang auf meine ausführliche Beant-
wortung der kurzen mündlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Friedrich Peter
in der Fragestunde des Nationalrates am 29.11.1966 verweisen und darf, um eine
Wiederholung zu vermeiden, auf das stenographische Protokoll dieser Sitzung
Bezug nehmen.

Weitere Fragen, mit denen sich mein Ressort in diesem Zusammenhang be-
schäftigt, betreffen die Überprüfung des gesamten Vergabewesens, der Rech-
nungskontrolle, wobei besonders auf das Problem der sogenannten Nachtrags-
forderungen Bedacht genommen wird.

126/A.B.

Ebenso wird versucht werden, die Bauaufsicht neu zu regeln. In Aussicht genommen ist ferner die Neubewertung und Neuklassifizierung des gesamten Bundesstraßennetzes sowie die Prüfung der Frage, ob und wie eine großzügigere Planung über mehrere Jahre hinaus erreicht werden kann.

-.--.-.-.-